



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Aus Süddeutschland.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus Süddeutschland.

Das Zurückgehen auf die deutsche Reichsverfassung vom Jahr 1849, indirect in dem Beschlusse des deutschen Abgeordnetentags enthalten, direct in der Generalversammlung des Nationalvereins ausgesprochen, bezeichnet einen gewissen Abschnitt in der Geschichte unsrer nationalen Bestrebungen.

Noch vor drei Jahren bei der Gründung des Nationalvereins als revolutionär und unpraktisch zugleich verworfen, seither von vereinzelt Seiten aufgenommen, von der Mehrheit aber stets zurückgewiesen, ist der Ruf nach der deutschen Reichsverfassung heute das einstimmige Lösungswort der nationalen Partei geworden. Was bedeutet dieser Ruf? Ist er heute weniger revolutionär, ist die Aussicht seiner Verwirklichung heute näher gerückt als vor drei Jahren, sind die Hindernisse, an welchen im Jahr 1849 die Durchführung der Verfassung scheiterte, heute beseitigt? Oder ist dieser Ruf vielleicht nur ein unfreiwilliges Geständniß, daß die bisherigen Ziele und Bestrebungen verfehlt waren, oder daß auf die Erreichung eines positiven Ziels für den Augenblick überhaupt verzichtet werden muß, und ist er in diesem Sinne eher als ein Rückzug, ein Entschluß der Resignation aufzufassen, denn als eine nach vorwärts gerichtete Position, eher als Merkmal einer Pause in den nationalen Bestrebungen, denn als ein wirklicher Fortschritt?

Fürs Erste ist so viel klar, daß die Proclamation der Reichsverfassung nicht denselben Sinn hat, in welchem sie von der Demokratie seitdem oft wiederholt worden ist. Es soll damit weder das Recht des Rumpfparlaments anerkannt, noch überhaupt direct an die Bestrebungen des Jahres 1849 angeknüpft, und es sollen damit am wenigsten jene Versuche erneuert werden, die Reichsverfassung ins Leben zu rufen, welche mit der Revolution endeten. Diejenigen mögen sich also beruhigen, welche, gestützt auf jene Beschlüsse, bereits den Bürgerkrieg an die Wand malen. Allein abgesehen davon, daß solche Tendenzen, die sich von selbst verbieten, überdies ausdrücklich ausgeschlossen sind, werden die Leiter, welche dem von unten her geäußerten Wunsch nach Erneuerung des Rechts der Reichsverfassung nachzugeben sich entschlossen, sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß dieser Schritt überhaupt kein unmittelbar prak-



tisches Resultat haben wird. Materiell bezeichnet er in der That keinen Fortschritt. Wir sind dadurch dem Ziel des einheitlichen Bundesstaates um nichts näher gerückt. Die Regierungen werden dadurch sicher nicht zu größeren Concessionen geneigt werden, die Gewährung eines Parlaments hat keine größere Aussicht erlangt. Ja auch für die Klärung des Ziels, für die innere Consolidirung der nationalen Partei scheint zunächst wenig damit erreicht; denn die Gegensätze, welche heute bestehen, sie wären nicht aufgehoben, wenn heute die Realisirung der Reichsverfassung auf der Tagesordnung stünde, sie würden im Gegentheil nur um so schärfer auf einander schlagen, wenn es sich um die Auslegung und Anwendung der Paragraphen über die Centralgewalt und das Verhältniß zu Oestreich handelte.

So wenig nun aber auch ein materieller Fortschritt in den erwähnten Resolutionen zu erkennen ist, so wenig ist ihre formelle Bedeutung und ihre moralische Wirkung zu unterschätzen.

Die Nationalpartei hatte, so wie die Dinge jetzt standen, einen doppelten Weg vor sich. Entweder sie erklärte sich für Annahme der Anträge, welche die Würzburger Regierungen am Bunde eingebracht, das volle Recht der Nation sich vorbehaltend, oder sie verzichtete für den Augenblick überhaupt auf ein in naher Zukunft zu verwirklichendes Programm und zog sich auf eine sichere Basis zurück, auf der für kommende Eventualitäten die Partei sich sammeln konnte. Der erstere Weg hätte nur dann einen Sinn gehabt, wenn jene Würzburger Anträge überhaupt Aussicht auf Verwirklichung hätten, wenn die Gesamtheit der Regierungen sich über diejenigen Zugeständnisse, welche sie dem Einheitsdrang der Nation bieten wollte, bereits geeinigt hätte. Dann konnte sich die Frage erheben, ob etwa in Ermangelung günstigerer Aussichten das Project der Delegirtenversammlung anzunehmen sei als eine Abschlagszahlung, als ein wenn auch schwacher Fortschritt zur Einigung, als eine Handhabe, um weitere Reformen zu erlangen, als ein Keim, der sich in der Praxis vielleicht ganz anders entwickelte als die Urheber sich denken mochten. Allein so standen die Sachen noch lange nicht. Die Würzburger Anträge waren nur von einer geringen Anzahl Regierungen eingebracht; es blieb kein Zweifel, daß auch sie niemals über die Bedeutung eines schätzbaren Materials hinauskämen, daß sie schwerlich alle Stadien des langwierigen Instanzenzugs am Bundestag durchmachen, viel weniger je ins Leben treten würden. Von Preußen war, wie unglückliche Ministerien auch immer diesen Staat regieren mochten, nie die Zustimmung zu erwarten, und damit allein waren sie gerichtet.

Konnte nun die Nationalpartei die vollen Forderungen der Nation — wenn auch mit allem Vorbehalt — aufgeben, um einen Vorschlag zu unterstützen, der von Hause aus eine todte Geburt ist?

Es war aber zur Zeit überhaupt nicht ein einziges Project vorhanden,

dessen Durchführung in einer nahen Zukunft sich hoffen ließ. Die Fluthen, welche durch die Erregung des Jahres 1859 so hoch angeschwollen waren, haben sich wieder verlaufen, an momentane durchgreifende Erfolge für die nationale Reform ist nicht mehr zu denken, die spontane Bewegung des Volks hat sich, obwohl sie von nachhaltiger Kraft sicher nichts verloren hat, doch mehr der Arbeit im Einzelnen zugewandt, und eben dadurch hat für die Regierungen die drängende Nothwendigkeit, Abhülfe zu treffen, sich ermäßigt. Oestreich ist so weit erstarrt, um die deutsche Einigung mit Erfolg hindern zu können, Preußen, Dank seinen gegenwärtigen Leitern, dahin gebracht, daß es auf die Initiative in der deutschen Frage für jetzt verzichten muß. Was blieb unter diesen Umständen der Nationalpartei übrig, „als sich zu sammeln?“ — und dies eben ist die Bedeutung des Zurückgehens auf die Reichsverfassung.

Um sich zu rüsten gegenüber kommenden Ereignissen, den nationalen Gedanken zu verbreiten und zu klären, um in die eigene Partei Einheit und Disciplin zu bringen, war die Reichsverfassung in jedem Fall ein weit sichererer und erfolgreicherer Standort als die bisherigen halben, unklaren Programme gewesen waren. Das Programm des Nationalvereins insbesondere konnte dem Vorwurf nicht entgehen, daß es ebenso viel verschwieg als es sagte, daß es ein Compromiß war, das Niemand recht befriedigte. Auch die Reichsverfassung ist ein Compromiß, aber sie ist zugleich, wenn nicht heute noch Recht, so doch aus einer rechtskräftigen Quelle hervorgegangen. Sie besitzt die Autorität, die ihr vermöge ihres Ursprungs zukommt, sie hat eine historische Bedeutung. Auch sie ist ein Compromiß, aber doch hat in ihr der Gedanke des parlamentarischen Bundesstaats seinen einfachsten, heute noch gültigen Ausdruck gefunden, und auch in den Punkten, in welchen sie eine Entscheidung nicht getroffen und mehr angedeutet als klar präcisirt hat, entspricht sie genau noch den heutigen unfertigen Zuständen sowohl in Betreff der Oberhauptsfrage, die vorläufig factisch suspendirt bleiben muß, als in Betreff des Verhältnisses zu Oestreich, das trotz aller Veränderungen, die im Kaiserstaat inzwischen vorgegangen sind, heute noch genau dasselbe ist wie vor dreizehn Jahren. Gleichwohl ist auch in diesen beiden Fragen durch sie die Richtung klar vorgezeichnet, in welcher sich innerhalb der nationalen Partei die öffentliche Meinung weiter zu entwickeln und zu befestigen hat. Denn nicht nur ist die Uebertragung der Centralgewalt an die Krone Preußen die einzige Möglichkeit ihrer Ausführung, sondern auch die Stellung zu Oestreich ist wenigstens so weit präcisirt, daß dieses kein Hinderniß für die bundesstaatliche Einigung Deutschlands sein darf. Endlich aber ist die Reichsverfassung ein dem ganzen Volke sichtbares Zeichen, sie ist ein verständliches, populäres Programm. Noch sind die Wurzeln, die sie im Vaterland geschlagen, nicht zerschnitten, mit ihr verknüpfen sich die Erinnerungen an die erste große Erhebung des deutschen Volks, an das erste deutsche Parlament.

Und wie zu ihr die verschiedenen Parteien mitgewirkt haben, so ist sie noch heute die beste Grundlage der Einigung der Parteien; sie ist geeignet nicht nur die nationale Partei in sich zu consolidiren, sondern auch zu erweitern, ihr neue Gebiete aufzuschließen.

Diese Erweiterung scheint allerdings zunächst nur nach der demokratischen Seite hin stattzufinden. Allein zugegeben, daß der Ruf nach der Reichsverfassung bisher vorzugsweise vom demokratischen Lager kam und oft mit sehr kindischen Vorstellungen über die Möglichkeit ihrer Durchführung verknüpft war, so setzte doch schon der Wortlaut der Verfassung in ihren Grundbestimmungen den einseitig demokratischen Tendenzen ein Gegengewicht entgegen. Will man aber das Ueberhandnehmen der demokratischen Meinungen überhaupt beklagen, so richte man die Anklage gegen die Regierungen, die sich noch nicht einmal darüber verständigen konnten, was sie dem deutschen Volke zu bieten haben. Es ist ein altes Gesetz, daß je länger und hartnäckiger der Widerspruch, um so gereizter und verzweifelter die Mittel werden, ihn zu überwinden.

Es würde aber auch die Schuld an der gemäßigten Partei selbst liegen, wenn sie die deutsche Frage zu einer Domäne der Demokratie werden lassen sollte, wenn sie sich grollend zurückzöge und den fortgeschrittenen Parteien das Feld überließe, anstatt sich mit den besseren Elementen derselben zur nationalen Partei zusammenzuschließen.

Gerade hierzu erscheint die Reichsverfassung, nachdem die Kämpfe, welche sie veranlaßt, verschmerzt sind, der richtige Boden. Der fruchtbare Gedanke des Jahres 1859, aus den Elementen der altliberalen und demokratischen Partei die eine große nationale Partei zu bilden, ein Gedanke, der schon bisher nicht ohne glückliche Erfolge gewesen ist, gewinnt hierdurch erst seine sichere Basis, und es entspricht nur der Natur der Sache, wenn der Abgeordnetentag mehr nur im Allgemeinen die Forderungen der Nation in der Reichsverfassung für verwirklicht erklärte und mit der rechtskräftigen Geltung derselben motivirte, während die Avantgarde des Nationalvereins, zu einem einfacheren, populärerem und rückhaltloserem Ausdruck berechtigt, unmittelbar das Banner der Reichsverfassung wieder entfaltet hat.

Glückliche Wirkungen dieser neuen Wendung dürften sich zunächst namentlich in Süddeutschland zeigen, dessen bisherige Laueheit und Zurückhaltung gegenüber dem nationalen Programm zum Theil in dessen unbestimmten Fassungen ihren Grund hatte, wo aber gerade die Reichsverfassung eine unbestrittene Autorität ist, und wiederholt die öffentliche Meinung in diesem Sinne vorzudringen versucht hat. Tritt auch vielleicht in der nächsten Zeit nichts von unmittelbaren äußeren Erfolgen zu Tage, so hat doch der Anschluß der Schwaben an die Nationalpartei, die noch vor dem Weimarer Tag eine Zeitlang geschwankt hatte, hiermit gewissermaßen seine Sanction erhalten. Ueberhaupt hat

der Weimarer Tag aufs Beste gewirkt. Die gehobene Stimmung, welche die schwäbischen Theilnehmer mitgebracht, die Ueberzeugung, daß dort wirklich die Nation selbst in ihren vorwärtstreibenden Elementen vertreten war; hat sich weiteren Kreisen mitgetheilt, die bloße Thatsache, daß in dem Institut des Abgeordnetentags ein gemeinsames Organ der deutschen Landesvertretungen, wenn auch ohne officiellcs Mandat und ohne gesetzmäßige Competenz, geschaffen wurde, ist als ein erfreulicher Fortschritt empfunden worden; je bescheidner die Hoffnungen gewesen waren, mit welchen man nach Weimar sah, um so weniger wurden sie getäuscht, und man ersah nicht ohne Befriedigung, daß die wesentlichen Beschlüsse ganz im Sinne der schwäbischen Fortschrittspartei gefaßt wurden. Fast nur allzusehr — wir meinen die Resolution in der Zollvereinsfrage. So sehr es auch hier anerkannt wird, daß wesentlich aus Schonung für Süddeutschland eine eingehende Debatte vermieden und ein ziemlich farbloser Compromiß beschlossen wurde, so verhehlt man sich doch nicht, daß ein entschiedenes Botum des Abgeordnetentags zur Befestigung der dem handelspolitischen Fortschritt zugeneigten Anschauung hätte beitragen müssen. Es wäre in Weimar selbst auf eclatante Weise zu Tage getreten, daß in dieser Frage am wenigsten die schwäbischen Abgeordneten eine landsmannschaftlich geschlossene Opposition bildeten, und daß gerade namhafte Politiker weit entfernt sind von der Befangenheit, mit welcher die Frage allerdings vorherrschend in Süddeutschland behandelt wird. Glücklicher Weise mehren sich, je näher die Krisis tritt, in Schwaben selbst die Anzeichen einer allmäligen Klärung der Ansichten. Die Ueberzeugung, daß der Zollverein um jeden Preis, auch um den des Handelsvertrags erhalten werden muß, wagt sich offener in der Presse hervor, Handelskammern instruirten ihre Abgeordneten für den Handelstag in diesem Sinne, und hoffentlich wird die Lücke, welche in dieser Beziehung die Weimarer Versammlung gelassen, durch die Autorität des Handelstags ausgefüllt werden.

Von größter Bedeutung ist die Befestigung des nationalen Gedankens in Schwaben für die angekündigte großdeutsche Parteiversammlung. Die Art und Weise, wie Probst bei seiner Heimkehr von Weimar von dem deutschen Volksblatt, dem ultramontanen Organ des großdeutschen Vereins in Oberschwaben, behandelt wurde, zeigt, daß der Bruch der großdeutschen Reactionäre mit der großdeutsch gefärbten Demokratie unheilbar geworden, und daß die Hoffnung, selbst Männer wie Probst und Schott für großdeutsche Parteizwecke zu benutzen, definitiv aufgegeben ist. An Anstrengungen, ein demokratisches Contingent für Frankfurt zusammenzubringen, hat es selbst nach der Weimarer Versammlung allerdings nicht gefehlt, und eine Zeit lang war wirklich Aussicht vorhanden, daß dies doch noch gelingen werde. Die Gefahr lag nicht in der Anziehungskraft des Namens des Freiherrn von Barmbühler, aber in der eigenthümlichen politischen Stellung Moriz Mohls und in dem Ehrgeiz einzelner demokratischer Wortführer.

Moriz Mohl gilt seit lange für eins der angesehensten Mitglieder der demokratischen Partei, obwohl er im Grunde immer seinen eigenen Weg ging und wenigstens einer Parteidisziplin sich nie unterwarf, er gilt in volkwirtschaftlichen Angelegenheiten für eine der ersten Capacitäten des Landes, obwohl er gerade in diesen Fragen zuweilen eine außerordentliche Befangenheit an den Tag gelegt hat. Seine Unabhängigkeit von der Regierung hat er mehrfach durch die That erwiesen, sein aufrichtiges patriotisches Pathos wird ebenso wenig in Zweifel gezogen als seine erstaunliche Arbeitskraft und sein eiserner Eifer in Verfolgung seiner Ueberzeugung. Aber mit diesen eminenten Eigenschaften verbindet er zugleich so obstinate Idiosynkrasien, die er mit demselben Fanatismus verflucht wie die wohlberechtigten Forderungen des Volkes, daß er mehr denn einmal die Verlegenheit der Partei geworden ist, zu der man ihn rechnet. Die hartnäckigste dieser Idiosynkrasien ist ein leidenschaftlicher Preußenhaß, den man auf persönliche Erfahrungen zurückführt, und den vor Allem der Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrags gegenwärtig zur hell lodernden Flamme angefacht hat. Wohl war er es hauptsächlich, der durch seine Abmahnungen das Nichterscheinen der Destreicher in Weimar veranlaßt hat, er ist es, der nun Arm in Arm mit seinem Gegner Freiherrn von Barnbühler für die Frankfurter Gegen demonstration aufs eifrigste agitirt. Unabhängig wie er ist, wird er zwar auch dort seine eigene Stellung nehmen, und wie man hört, entschieden das Project der Delegirtenversammlung bekämpfen. Aber die Hauptsache ist ihm die großdeutsche, antipreußische Demonstration, die dort ins Werk gesetzt werden soll, und für die er eine Anzahl Demokraten, die gleich ihm aus Haß gegen Preußen nicht nach Weimar gegangen sind, zu gewinnen suchte. Daran lag nun freilich wenig, daß einige Demokraten nach Frankfurt gingen, und wenn sie mit dem andern Extrem dort gemeinsame Sache gegen die Nationalpartei machen wollten, so war das ihre Sache. Aber es entstand die Gefahr, daß im eigenen Lager der schwäbischen Fortschrittspartei aufs neue ein Zwiespalt ausbrach, der ihre Kraft schwächen mußte, und dies gerade in einem Augenblick, in welchem die Mehrheit sich soeben für das nationale Programm entschieden hatte. Nun kann auch diese Gefahr als beseitigt gelten. Diejenigen, welche theils in eigensinniger Selbstgefälligkeit, theils auch vielleicht mit dem Hintergedanken, der großdeutschen Versammlung ein demokratisches Kufuksei in das Nest zu legen, nach Weimar geschickt hatten, mußten sich überzeugen, daß sie ihre Stellung in der demokratischen Partei, ja ihre ganze politische Stellung im engeren Vaterland damit aufs Spiel gesetzt hätten. Außer M. Mohl, den die Partei übrigens zum längsten als einen der Ihrigen betrachtet haben dürfte, wird kein populärer Mann aus Schwaben in Frankfurt erscheinen, und Freiherr von Barnbühler wird sich auf die Mitwirkung der großdeutschen Conservativen, vielleicht der Ultramontanen beschränkt sehen.

Alle diese Vorgänge aber haben die Nothwendigkeit nahe gelegt, die schwäbische Fortschrittspartei auf Grund des nationalen Programms neu zu organisiren und zu diesem Zweck in einiger Zeit eine Landesversammlung zu berufen, ähnlicher derjenigen, welche im vorigen Jahr für den Beitritt zum Nationalverein sich ausgesprochen hat. Das württembergische Volk wird dann, wie nicht zu zweifeln ist, seine laute Zustimmung den Männern ertheilen, welche zu dem Tag in Weimar mitgewirkt und den Zusammenhang Schwabens mit den nationalen Bestrebungen des Vaterlandes aufs neue dargethan und befestigt haben.

Nach den Wahlen im Großherzogthum Hessen.

Die zweite Kammer, welche ehestens in Darmstadt zusammentreten wird, ist berufen, die politische Physiognomie ihres Landes namentlich für Fernstehende vollständig umzuwandeln. Wie nahm sich, vom deutschen Standpunkt ab betrachtet, das Großherzogthum Hessen bisher aus? Es war eine der todten Gegenden des Vaterlandes. Ohne daß über ihm, wie über Sachsen, Baden und der Pfalz, der Wüstenwind einer blutig triumphirenden Reaction dahingefahren wäre, lag es lange Zeit vollkommen so erstarrt da wie Baden, bevor ein glücklicher Wechsel in den Anschauungen des Herrschers ihm wenigstens auf der Oberfläche neues gesundes Leben gab, wie Sachsen vor der letzten Session der Stände und wie die Pfalz vor der jüngst eingetretenen Gefahr für den Bestand des Zollvereins. Ein einziger Mann, der Advocat Mez, hatte seit 1859 in hervorragender Weise an den Bewegungen der Zeit theilgenommen; aber während er Deutschland unleugbar große Dienste leistete, schien ihm die Belebung seines Heimathlandes kaum gelingen zu wollen. Die unabhängige Bevölkerung verharrete in jener negativen Stimmung, die während der Jahre 1859 und 60 fast in allen deutschen Kleinstaaten grassirte: sie erklärte sich unter vier Augen für „reif zur Annexion“ oder „zur Revolution“, aber dachte nicht daran, daß es ihr beschieden sein könne, für die Verbesserung ihrer und der allgemeinen vaterländischen Zustände selber den Anstoß zu geben und die